

Ernährungsanträge im Rathaus. Die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Berliner Stadtverordneten ist sehr umfangreich, so daß eine längere Sitzung zu erwarten ist. U. a. sollen zwei Anträge über die Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern nach einheitlichen Grundsätzen, sowie über die Maßnahmen zur auskömmlichen Ernährung der Berliner Bevölkerung mit Kartoffeln und eine Anfrage über die Maßnahmen zur ausreichenden Belieferung mit Hausbrandkohlen für den nächsten Winter erörtert werden. Vorlagen zur Beschlußfassung betreffen einen Verzicht auf Vertragsrechte gegen die Berliner elektrischen Straßenbahnen. U. G., normals Siemens u. Halske zugunsten des Verbandes Groß Berlin, dann über die Festsetzung der Vergütungen für außerordentliche Lehrstunden und Vertretungen bei den städtischen höheren Lehranstalten und Mittelschulen für Mädchen, ferner die Errichtung von Ambulatorien und die Schaffung von Oberarztstellen in den städtischen Krankenanstalten, sowie die Abänderung des § 30 des Ortsstatuts für das Gewerbegericht in Berlin und die Uebernahme der Beratungsstelle der

Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge auf das städtische Jugendamt. Der Magistrat legt den Haushaltsplan der Verwaltungsmittel der städtischen Sparkasse für 1918 vor, der einen erheblichen Mehrbedarf von rund 1½ Millionen Mark vorsieht, der wichtigste Punkt betrifft die Bewilligung von 5 Millionen Mark als Kriegsvorschuß für die Herriichtung von Kleinwohnungen und für den Umbau von leerstehenden Läden usw. Gewerberäumen zu Wohnungen. Außerdem soll beraten werden die Errichtung von Säuglingspflegeschulen im Kaiser-Friedrich-Kinderkrankenhaus und im städtischen Waisenhaus Alte Jakobstraße. Ein Ausschuß wird über seine Beratungen betr. Anschaffung eines Röntgenapparates für Tiefentherapie berichtet. Weiter soll die Wahl eines besoldeten Stadtrats an Stelle des ausgeschiedenen Stadtrats Fischbeck stattfinden.